



ver.di • Paula-Thiede-Ufer 10 • 10179 Berlin

Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend,
Frau Dr. Franziska Giffey
11018 Berlin

E-Mail: mb@bmfsfj.bund.de

Vorsitzender

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Frank Werneke

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Bundesverwaltung
Ressort 1

Telefon: 030 6956 0
Durchwahl: 030 6956 1000
Telefax: 030 6956 3000

frank.werneke@verdi.de
www.verdi.de

Datum 12.11.2020
Ihre Zeichen
Unsere Zeichen fw-sr

Verschärfung des Abtreibungsrechts in Polen

Sehr geehrter Frau Ministerin, liebe Franziska,

ausgelöst durch ein Urteil des polnischen Verfassungsgerichts zum Abtreibungsrecht demonstrieren die Frauen in Polen für ihr Recht auf Selbstbestimmung. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di steht solidarisch an der Seite der Frauen in Polen im Kampf für die Selbstbestimmung und gegen jede Verschärfung des Abtreibungsrechts in Polen. Ihr Protest wird in Deutschland gehört und stößt bei uns auf uneingeschränkte Zustimmung.

Polen hat bereits das strengste Abtreibungsrecht in Europa. Nun soll es Frauen außerdem verboten werden, bei schweren Fehlbildungen des Embryos einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen. Kommt es zu einer Umsetzung des Urteils, wird eine legale Abtreibung in Polen faktisch ausgeschlossen sein.

Das Urteil verstößt gegen die internationalen Menschenrechtsverpflichtungen Polens. Die polnische Regierung unter der Führung der PiS hatte im Vorfeld Maßnahmen ergriffen, die die Unabhängigkeit der Justiz und die Rechtsstaatlichkeit Polens untergraben. Die EU und auch andere Institutionen hatten daraufhin – was wir ausdrücklich begrüßen – die Legitimität des Verfassungsgerichtshofs in Frage gestellt.

Der tiefgreifende Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Frauen durch das bisherige Handeln der polnischen Regierung – vorangetrieben auch durch das Verfassungsgericht und die katholische Kirche – muss gestoppt werden.



Vorsitzender

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Frank Werneke

Wir haben unser Unverständnis bereits in einem Brief an den polnischen Botschafter zum Ausdruck gebracht und die politisch Verantwortlichen in Polen aufgefordert, sich für die Achtung und Einhaltung von Menschenrechten und für die Selbstbestimmung der Frau einzusetzen. Wir fordern die polnische Regierung auf, das Abtreibungsrecht an die Regelungen der EU-Länder anzugleichen.

Auch haben wir die für Gleichstellung zuständige EU-Kommissarin gebeten, sich offensiv gegenüber dem Mitgliedstaat Polen für die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Frauen in Polen einzusetzen.

Deutschland hat derzeit die EU-Ratspräsidentschaft inne und wir bitten Sie, als zuständige Bundesministerin, die Frauen in Polen zu unterstützen und nach Maßgabe des Möglichen auf die polnische Regierung einzuwirken.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Werneke
Vorsitzender

Stefanie Nutzenberger
Mitglied des ver.di Bundesvorstands